

verfolgten unter Einbeziehung der Beschuldigten das Ziel, sich im Handel mit der DDR Monopolstellungen und damit Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen und auf diese Weise insbesondere Sonderprofite auf Kosten der Volkswirtschaft der DDR zu erzielen.

Die Initiative zum Zusammenwirken zwischen kapitalistischen Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftskadern in der DDR ging dabei in insgesamt drei Fällen vom Inhaber bzw. Vertreter der kapitalistischen Firma aus.

Von diesen wurden die als ihre Interessenvertreter vorgesehenen Bürger der DDR auf der Grundlage bereits längere Zeit bestehender Geschäftsbeziehungen in Gesprächen auf ihre politische Einstellung getestet, durch verschiedenartige materielle Zuwendungen allmählich korrumpiert und insbesondere durch Verherrlichung der westlichen Verhältnisse politisch-ideologisch beeinflusst.

In einem Fall erfolgte nach solcher Vorbereitung während ungenehmigter Zusammenkünfte in der DDR durch den Vertreter der Firmen MICOR/Schweden und INTERTOOL/BRD, [REDACTED], die Anwerbung des Fachgebietsleiters für Holzbearbeitungswerkzeuge im VEB Maschinenbauhandel Karl-Marx-Stadt.

In Kenntnis der ablehnenden Einstellung des Werbungskandidaten zur Wirtschaftspolitik der SED forderte [REDACTED] diesen auf, gegen gute Bezahlung die durch ihn vertretenen Firmen durch zusätzliche Verträge über Importe in die DDR zu begünstigen. Nach Aussagen des Beschuldigten äußerte [REDACTED] unter Bezugnahme auf eine solche Zusammenarbeit, daß die "Deutschen" in allen Belangen zusammenhalten müßten, daß das "deutsche Wirtschaftsgefüge" aufrecht erhalten werden müßte und alle Verantwortung tragen, die Wiedervereinigung Deutschlands mit allen Mitteln vorzubereiten und eines Tages zu erzwingen.